

Stellungnahme zum Änderungsantrag

AfD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/1148/1**

Verantwortlich: **Dez. 5**

Dienststelle: **UA**

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme von Kühlwasser und Direkteinleitung von Abwasser und Kühlwasser für die Blöcke 4S und 7 am Rheinhafen-Dampfkraftwerk

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	19.10.2021	19	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden			
Ja <input type="checkbox"/>			
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:			
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)			
<input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates			
<input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.			
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input checked="" type="checkbox"/>
			geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input checked="" type="checkbox"/>
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Korridor-thema: Grüne Stadt
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> abgestimmt mit

Ergänzende Erläuterungen

Die EnBW hat beim zuständigen Regierungspräsidium Karlsruhe eine wasserrechtliche Erlaubnis ohne Befristung beantragt. Eine Beschlussfassung des Gemeinderates ohne eine zusätzliche Befristung würde somit die Antragstellerin in ihrer ursprünglichen Intention bestärken.

Die Forderung nach einer Befristung ist jedoch erforderlich, um der EnBW das politische Signal zu vermitteln, dass die Stadt einen unbefristeten Weiterbetrieb des RDK 7 ablehnt.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.